

Hijacking liberal politics?

Gender und Islam in der medialen Kommunikation der Christlichen Mitte

Anna-Maria Meuth

1 Einleitung

»Das charakteristische für diese Bewegungen ist vielmehr eine außerordentliche Perfektion der Mittel, nämlich in erster Linie der propagandistischen Mittel in einem weiteren Sinn, kombiniert mit Blindheit, ja Abstrusität der Zwecke, die dabei verfolgt werden.« (Adorno, über Aspekte eines neuen Rechtsradikalismus, 2019 [1967]: 23)

Im Zuge des Erstarkens rechtspopulistischer und -extremer Strömungen der letzten Jahre wurde ihrem Verhältnis zu Religion zunehmende Aufmerksamkeit in öffentlichen Debatten und (politik-)wissenschaftlichen Diskursen zuteil (vgl. Hennig/Weiberg-Salzmann 2021, Höhne/Meireis 2020; Minkenberg 2018; Marzouki/McDonnell et al. 2016; Pollack 2019). Gemeinsam ist vielen rechtspopulistischen Parteien (RPP) und radikalen Strömungen in Europa und weltweit, dass eine christlich grundierte, westlich-abendländische Kultur als Gegenfolie zum Islam entworfen und sich damit oftmals gegen Migrationsbewegungen insbesondere von Muslim:innen und ihre ›Integration‹ gerichtet wird (vgl. Kallis 2018). Zentral beziehen sie sich überdies häufig auf tradierende und konservative Vorstellungen gesellschaftlicher Geschlechterarrangements und Familienbilder, welche geschlechtliche Vielfalt und Gender-Mainstreaming unter dem pejorativen Schlagwort »Gender-Wahn« ablehnen (vgl. Hark/Villa 2017; Redecker 2016). Das *Hijacking* des Christentums stellt in diesem Zusammenhang ein Muster der diskursiven Verstrickung dar, bei dem politische Akteure, ob religiös gesinnt oder nicht (vgl. Hennig 2021: 539), religionsbasierte Begründungen heranziehen, um ihre illiberale Politik zu mobilisieren.

Konkret wird dies oftmals in Diskursen liberaler Demokratien eingebettet, zum Beispiel im Falle der Forderung eines Schutzes von Mädchen und Frauen gegen die Unterdrückung oder Ablehnung von Homosexualität im Islam.¹ In diesem Zusammenhang rücken Mainstreaming-Taktiken rechter Strömungen auf der einen Seite und die Normalisierung durch Übernahme von rechten Ideologien und Politiken in der demokratischen Mitte der Gesellschaft in den Blick (vgl. Krzyżanowski et al. 2023; Mullis 2024).

Christliche ultrakonservative Gruppierungen in Deutschland, die durch gesellschaftliche Säkularisierung und Liberalisierung in den letzten Jahrzehnten zunehmend marginalisiert wurden, schließen sich heute oftmals den sich formierenden neuen rechten Milieus an und bringen ihre Zustimmung zu rechts-populistischen Strömungen zum Ausdruck (vgl. Strube 2023; Bednarz 2022). Für fundamentalistische² christliche/religiöse Akteure (Einzelpersonen oder Organisationen) ist es jedoch naheliegender, dass es nicht um eine instrumentelle oder rein politisch-taktische (Re-)Kulturalisierung einer ›westlichen Zivilisation‹ geht, da sie ihre politischen Haltungen aus ihrem religiösen Selbstverständnis heraus entwickeln. Anders als rechtspopulistische Parteien zielen sie demnach vermutlich nicht vornehmlich auf die Einbindung verschiedener Gruppierungen, etwa sowohl christlicher als auch säkularer Wähler:innenmilieus³ angesichts hochsäkularisierter westeuropäischer Gesellschaften, um Allianzen herzustellen und so politische Mehrheiten zu erlangen. Zumal in der Perspektive religiöser rechter Gruppierungen dem Islam in Fragen von Gender-Mainstreaming, (Queer-)Feminismus und

1 Vgl. EU-Wahlprogramm der AfD 2024: 51f. (www.afd.de/europawahlprogramm).

2 Minkenberg definiert Fundamentalismus wie folgt: »In fact, religious fundamentalism, whether Protestant or Catholic or any other denomination, has been defined as an anti-liberal and anti-modern religious force with immediate political consequences (see Fox 2013, 109–121; also Almond, Appleby, and Sivan 2003; Marty and Appleby 1991; Bruce 2000). Clearly, not every religious fundamentalism should be considered an expression of right-wing radicalism, but if it allies itself with the national idea, Christian fundamentalism in Western democracies is the quintessential radical right force in religious terms (see Fox 2013, 116–120)« (Minkenberg 2018: 373). Es wird sich auf einschlägige Arbeiten von Jonathan Fox, *An Introduction to Religion and Politics: Theory and Practice*; Gabriel Almond, R. Scott Appleby und Emmanuel Sivan, *Strong Religion. The Rise of Fundamentalism around the World*; Martin Marty/R. Scott Appleby, *Fundamentalism and the State: Remaking Politics, Economies and Militance* und Steve Bruce, *Fundamentalism*, bezogen.

3 In Deutschland gehören Ende Dezember 2022 laut der kirchenamtlichen Statistik 19,15 % der Bevölkerung den evangelischen Gliedkirchen und 20,94 % der römisch-katholischen Kirche an (vgl. Wudner 2023). Alle anderen sind konfessionslos (ca. 40 %) oder gehören einer anderen Religionsgemeinschaft an. In der letzten Bundestagswahl versuchte die Partei Alternative für Deutschland (AfD) mit einem Umbrella-Term ›Deutschland aber normal‹ alle diese Gruppen zu mobilisieren und sich dabei als vermeintliche gesellschaftliche Mitte zu positionieren.

LGBTIQA+ -Rechten aus dem eigenen moralpolitischen Selbstverständnis heraus nicht innerhalb eines liberalen Frameworks begegnet werden kann. In diesem Beitrag soll nun folgend den Fragen nachgegangen werden, a) ob und in welcher Weise christlich fundamentalistische Akteure ihre politische Kommunikation anpassen, um möglicherweise Anschluss an aktuelle rechtspopulistische islamfeindliche Strömungen zu nehmen und Einfluss zu gewinnen, sowie b) mit welchen Argumentationsmustern sie sich im Zuge der von RPP praktizierten Besetzungen der liberal-demokratischen Frameworks im Themenfeld Gender und Islam positionieren und ihrerseits möglicherweise eine eigene pseudo-liberale Argumentation ausgestalten.

Anhand eines Fallbeispiels, des monatlichen Periodikums *Kurier der Christlichen Mitte. Monatszeitung für Religion und Politik* der Christlichen Mitte (CM), welche in ihren Positionen als christlich-fundamentalistisch eingestuft wird (vgl. apabiz 1996; Jentsch 2016), sollen diese Fragen für den Zeitraum von 2001 bis 2020 mit einer qualitativen und quantitativen Inhaltsanalyse untersucht werden. Der Fokus liegt hierbei auf der Analyse von Argumentationsmustern und ihren diskursiven Vermittlungstaktiken im Themenfeld ›Gender und Islam‹ – in welchem (pseudo-)liberale Argumentationsfiguren entwickelt werden, wie etwa die Forderung, Mädchen und Frauen zu schützen. Unter dieser Perspektive geht es neben der Analyse der Formierung spezifischer argumentativer Muster im Zeitverlauf um die konkreten Ausformungen ihres Einsatzes als taktisch-kommunikative Verbreitungsmechanismen illiberaler Politik, wie sie von fundamentalistisch christlichen Perspektiven kolportiert werden.⁴ Die Ergebnisse zeigen, dass keine zunehmende Pseudo-Liberalisierung im Kontext eines abwertenden Haupt-Diskurses über den Islam stattfindet, die Figur aber als ein kontinuierliches Scharnier zur Bildung von Diskursallianzen mit anderen gesellschaftlichen Gruppen fungiert. Dabei zeigt sich in der Analyse der Argumentationsfiguren eine Verwebung unterschiedlicher Themenfelder, die im Effekt Grenzen zwischen illiberalen und (pseudo-)liberalen Positionen und insbesondere islamfeindlichen Narrativen des gesellschaftlichen Mainstreams und der extremen Rechten sowie der politischen und privaten Sphäre mit spezifischen Deutungen verwischen. Obwohl in den Beiträgen des Kuriers kontinuierlich überpolitische religiöse exklusive Wahrheit beansprucht wird, ist dabei zu beobachten, wie dennoch überaus flexibel kommunikative Adaptionen an ihre gesellschaftliche Umwelt und Veränderungen der politischen Landschaft vorgenommen werden – selbst wenn politische Haltungen in moralpolitischen Feldern divergieren mögen. Diese Ergebnisse werden abschließend für ein tieferes Verständnis von Verbreitungsmechanismen rechtspopulistischer Normalisierung im Feld der Islamfeindlichkeit dis-

4 Es wird also nicht um die Diskussion der Beiträge zu kulturellen, politischen oder ökonomischen Gründen gehen, die das Entstehen von RPP und den Zuspruch von Wähler:innen untersuchen (vgl. Kaya et al. 2019).

kutiert. Im besten Falle tragen sie zur Diskussion einer Überwindung des populistischen Momentes und zur Entwicklung konkreter Umgänge mit der aktuell drängenden Herausforderung, den Angriffen auf die Demokratie aus ihrem Inneren und auf betroffene Gruppen zu begegnen, bei.

2 Konzeptueller Rahmen

Religion und Politik können in europäischen Demokratien auf unterschiedliche Weise miteinander verknüpft werden, je nachdem, welche Akteure beteiligt sind und welche Narrative im Spiel sind (vgl. Hennig/Weiberg-Salzmann 2021). In den Konzepten *Hijacking Religion*, *Hijacking liberal Values* und *Hijacking (liberal) Politics* werden Ansätze politischen Handelns vorgestellt, die multiple Dimensionen hinsichtlich von Inhalten, Taktiken und Funktionen für das Verhältnis von Religion und Populismus abbilden. Während zahlreiche Forschungsarbeiten zur identitätspolitischen Funktion anti-pluralistischer und nativistischer religiöser Narrative vorgelegt wurden, bleiben die taktischen Dimensionen und damit die politische agency der religiösen und nichtreligiösen Akteure, der Umgang mit politischen Gelegenheitsfenstern und Vermittlungskontexten und die Funktion der Religion innerhalb dieses Prozesses bislang weniger erforscht (vgl. Westphal 2021: 119).

Hijacking Religion

Rechtspopulistische Parteien kombinieren mitunter Bezüge auf Säkularität und Christentum. Dabei zielen sie allerdings nicht auf Rückbesinnung auf religiöse Traditionen, Werte oder Lebensweisen. Vielmehr handelt es sich aus der Perspektive *Hijacking Religion* um eine politische Instrumentalisierung, bei der es mehr um Zugehörigkeit (Identitätsmarker) als um Glauben geht (vgl. Sata 2021). Um zu verstehen, wie das Christentum besetzt wird, soll der Begriff Populismus kurz näher diskutiert werden. Der Begriff bezieht sich nicht auf eine feste Akteursgruppe, sondern auf ein Konzept, das keine klar umrissenen Grenzen hat: Er kann sich unter anderem auf eine (dünne, teils synkretistische) Ideologie, auf eine Strategie, einen Diskurs oder einen Kommunikationsstil beziehen (für einen Überblick siehe: Yilmaz/Morieson 2021: 4).⁵ Kern ist eine betonte Dichotomie zwischen Eliten und Volk (vgl. Mudde/Kaltwasser 2017). Beim *Hijacking* der Religion geht es vornehmlich um

5 Problematisch ist, dass der Begriff inflationär verwendet wird und den extremistischen Gehalt bestimmter Gruppierungen möglicherweise herunterspielt (vgl. Wodak 2018: 327). Nichtsdestotrotz kann der Begriff Populismus verwendet werden, um denjenigen Teil von rechts-aussen Strömungen zu erfassen, der demokratische Systeme eher ablehnt, diese aber zugleich selbst instrumentalisiert (vgl. ebd.).

die Definition des Volkes auf der Grundlage eines nativistischen Kerns (vgl. Wodak 2015). Es handelt sich also aus dieser Perspektive in erster Linie um die Herstellung einer identitären, rechtsgerichteten politischen Plattform (vgl. Rydgren 2017), in welcher Antinomien zwischen ›dem Westen‹ und ›dem Islam‹ erzeugt werden.

Hijacking liberal values und liberale Wurzeln der Islamfeindlichkeit

Sowohl politische als auch religiöse Akteure können sich liberale Argumente zu eigen machen, um damit taktisch an akzeptierte Prinzipien liberaler pluralistischer Demokratie anzuknüpfen sowie Verbindungen und diskursive Allianzen zwischen Gruppierungen herzustellen.

Von besonderer thematischer Bedeutung für das *Hijacking* liberaler Werte ist im Feld des Diskurses über den Islam die Anschlussfähigkeit an eine auch in der Mitte der Gesellschaft verbreitete Islamfeindlichkeit (vgl. Wäckerlig 2019). So hat sich im Zuge einer aktuellen rechtspopulistischen Welle seit 1945 (vgl. Mudde 2019; Weisskircher 2024) in den letzten Jahren das Mainstreaming rechtspopulistischer und rechtsextremer Strömungen in Parlamenten und außerparlamentarischen rechtsextremen Organisationen verändert: Gemeint ist hier bei Einigen das strategische Zurückstellen demokratisch nicht akzeptierter extremrechter, illiberaler Positionierungen, wie zum Beispiel explizite antisemitische Verschwörungsiedologie. Beobachtet wird für das Feld der rechtspopulistischen Deutungen über den Islam, dass aufkommende rechtspopulistische Strömungen häufig eine argumentativ-taktische Besetzung liberaler Werte vorantreiben, indem sie verkünden, die Demokratie und die westliche Zivilisation gegen ›den Islam‹ zu verteidigen, dem wiederum illiberale, d.h. demokratisch nicht kompatible und akzeptable Werthaltungen zugewiesen werden (vgl. Biskamp 2018; Brown/Mondon/Winter 2021; Fangen/Nilsen 2020). Ebenfalls wird eine Mischung aus liberalen und illiberalen Argumenten innerhalb des islamfeindlichen Diskurses beobachtet, wobei illiberale – also rassistische, abwertende, dezidiert islamfeindliche – Argumente je nach politischem Kontext auch in einem hegemonialen Mainstream-Medien-Diskurs zum Einsatz kommen können (vgl. Mondon/Dawes 2023). Das *Hijacking* liberaler Werte ermöglicht es den Akteuren in diesem Zusammenhang, diskriminierende Botschaften jenseits offen rassistischer Argumentationsmuster zu platzieren und so zur Normalisierung von Ablehnung und Skepsis gegenüber Muslim:innen beizutragen (vgl. Mondon/Winter 2017). Die illiberale Form der Islamophobie hat ihre Wurzeln in traditionell rassistischen Bewegungen und greift auf den antimuslimischen/anti-arabischen Rassismus historischer (Kolonial-)Diskurse zurück. Die liberale Form distanziert sich ausdrücklich von traditionellem Rassismus und Hass, indem sie sich positiv auf ›Religion‹ und ›Kultur‹ in Bezug auf Rechte und Toleranz konzentriert – Werte, die ›westlichen‹ Gesellschaften eigen seien. Im Gegensatz zu illiberalen Formen der Islamophobie ist die liberale Islamophobie

daher in einem pseudo-fortschrittlichen Narrativ verankert (vgl. Winter/Mondon 2019). Nicht zuletzt findet gleichwohl die Normalisierung und Übernahme rechter Ideologeme und Politiken durch etablierte politische Akteure der Mitte statt (vgl. Wodak 2020).

In kritischen antirassistischen und (queer)feministischen Beiträgen im Themenfeld Gender und Islam wurde in diesem Zusammenhang bereits auf die ›pseudo-liberale‹ und ›ethnosexistische‹ Diskurs-Figur, die Rechte von Frauen seien gegen die vermeintlich problematische Einwanderung muslimischer Männer, die diese bedrohten, zu verteidigen, eingegangen.⁶ Diese Figur war in Deutschland z.B. im Nachhall der Debatten um die sogenannte Kölner und Hamburger Silvesternacht 2016 von verschiedenen Akteuren eingebracht worden (vgl. Dietze 2016). Als fester Bestandteil pseudo-liberaler islamfeindlicher Topoi wird überdies der ›unterdrückten Muslima‹ eine lange Tradition und weite Verbreitung innerhalb medialer Mittediskurse nachgewiesen. Neben der Diskursfigur der unterdrückten muslimischen Frau steht dabei die Figur der ›feindseligen Muslima‹, die verbündet und unaufgeklärt den als durchgehend patriarchal bezichtigten Islam unterstützt (vgl. Shoomann 2014: 83ff.). Die Darstellung muslimischer Frauen bewegt sich innerhalb dieser Zuschreibungen zwischen Visktimisierung und Dämonisierung (vgl. Abbas 2019; Zempi 2014).

Kritische Anfragen an Darstellungen »Wer darf sprechen und sich selbst repräsentieren und wer nicht?« (do Mar Castro Varela/Dhawan 2007) können eine wichtige Analyseebene in Hinblick auf Macht- und Dominanzverhältnisse und damit auch auf rassistische Strukturen eröffnen (Shoomann 2014: 83ff.). Außerdem kann die Funktion der Religion für die Herstellung einer männlichen Hegemonie in europäischen Gesellschaften in islamfeindlichen Diskursen kritisch hinterfragt werden, wenn patriarchale Gewalt und Sexismus in erster Linie bei den Anderen verortet und nicht in einen gesamtgesellschaftlichen Kontext gestellt werden (ebd.). Darüber hinaus weisen Analysen auf die Verwebungen von Religion mit Kultur, Ethnizität, Geschlecht und Klasse zu einem komplexen islamfeindlichen Diskursgeflecht⁷ (vgl. Shoomann 2014: 14).

Der Prozess des *Hijacking* liberaler Werte muss schließlich nicht zwangsläufig religionsbasierte Argumentationsfiguren vorbringen. Zu den besetzten Werten

6 Zur Debatte über mögliche ›Fallstricke‹ der Kritik an der Islamfeindlichkeit: Tezcan 2021: 103ff.

7 Shoomann bezieht sich in der Rassismusdefinition auf die Definition von Mecheril/Melter aus dem Band *Rassismustheorie und -forschung in Deutschland*, demnach Rassismus daher »als machtvolles, mit Rassenkonstruktionen operierendes oder an diese Konstruktionen anschließendes System von Diskursen und Praxen [...], mit welchen Ungleichbehandlung und hegemoniale Machtverhältnisse erstens wirksam und zweitens plausibilisiert werden« (Shoomann 2014:18), verstanden wird.

liberaler Politik im Allgemeinen gehören die Beanspruchung öffentlicher Redefreiheit (bei gleichzeitigem Kolportieren großer Opferbetroffenheit, wenn Kritik an rechtspopulistischen Politiken und Diskursen formuliert wird, in diesem Zusammenhang die Einforderung des Schutzes politischer Minderheiten), Anprangerung demokratischer Defizite und daraus resultierend die Forderung zum notwendigen Bewahren der Demokratie und der Menschenrechte. Akteure greifen auf eine Rhetorik der Betroffenheit durch vermeintliche politische Zensur zurück, um zugleich zielgerichtet Tabus in der öffentlichen Debatte zu brechen und diese nach rechts zu verschieben. Selbst wenn öffentliche Gegenrede erfolgt und regelmäßige Rückzüge zur Taktik der ‚Verschiebung des Sagbaren‘ gehören, sind Themen mittels Skandalisierung auf die Agenda gesetzt worden, die dann kontrovers von der Öffentlichkeit debattiert werden (vgl. Wodak 2020). Aus der Perspektive des *Hijacking liberal Values* wird die Islamfeindlichkeit pseudo-liberaler Diskurse somit einerseits in ihrem anti-demokratischen Zweck analysierbar, andererseits können Analysen der Verwebungen von Themenfeldern innerhalb des Diskurses noch konkreter Aufschluss auf dessen Verbreitungsmechanismen geben, zumal politische Widersprüche in diskursiven Allianzen scheinbar aufgelöst werden sollen. Die Berücksichtigung solch kommunikativ-taktischer Dimensionen, insbesondere für das Vorgehen fundamentalistischer christlicher Gruppierungen, rückt die Bedingungskontexte des medialen und politischen Vermittlungssystems für intermediäre religiöse Akteure in Deutschland in den Blick.

Hijacking Politics und demokratische Öffentlichkeit

Weiterführend sollen in der Perspektive des *Hijacking Politics* die kommunikativen Taktiken im Prozess der Politikvermittlung (policy) sowie die institutionellen Rahmenbedingungen der Vermittlungsarena einbezogen werden. Religiöse Akteure können das populistische identitätspolitische und kommunikative Projekt unterstützen, indem sie illiberale Politiken in moralpolitischen Feldern mobilisieren oder in dem sie den Islam abwertend in Opposition zum aufgeklärten Christentum stellen. Mediale Mainstreamdiskurse bieten dabei Gelegenheitsstrukturen, um an eine allgemeine Berichterstattung, welche den Islam oftmals als radikal darstellt, anzuknüpfen: So hängt die Verbreitung der Vorstellungen über den Islam in Mainstreammedien eng mit dem Agenda-Setting von Themen zusammen. Die Analyse von Diskursen in der Qualitätspresse verschiedener mitteleuropäischer Länder konnte zeigen, dass eine Darstellung von Islam als gewaltbereite Religion insbesondere durch die hohe Medienaufmerksamkeit um bestimmte terroristische Ereignisse weite Verbreitung findet.

Hijacking Politics durch religiöse Akteure ist darüber hinaus vor dem Hintergrund der religionspolitischen Arrangements in Deutschland zu verstehen und einzuordnen. Durch Entkirchlichungstendenzen (vgl. Norris/Inglehard 2004) und

religiöse Pluralisierung (vgl. Berger 2014) werden in ›westlich‹ geprägten Demokratien Aushandlungen zum Beispiel um Fragen des Neutralitätsgebots des liberalen Staates aktiviert (vgl. Banchoff 2008). In Deutschland – welches auf Grundlage der Weimarer Konkordate und nachfolgend durch Staatsverträge mit Religionsgemeinschaften, die nicht über den Körperschaftsstatus des öffentlichen Rechts verfügen, als kooperatives Modell klassifiziert wird – schlägt sich dies in Debatten um das Tragen religiöser Kleidung im Staatsdienst, der Ausstattung von Räumen in öffentlichen Gebäuden mit Kruzifixen oder religiösen Beschneidungsritualen nieder (vgl. Hidalgo 2016). Nicht nur die ›Religionspolitik‹, sondern auch die ›Politik der Religionen‹ erlangen in diesem Zusammenhang zunehmende Aufmerksamkeit (vgl. Liedhegener/Pickel 2016). In der politischen Theorie hat sich überdies eine umfangreiche Debatte über die demokratische Legitimation religiöser Überzeugungen in politischen öffentlichen Debatten im vorparlamentarischen Raum entwickelt, in denen diskutiert wird, inwiefern Religionsgemeinschaften für die Allgemeinheit nachvollziehbare Argumente finden sollen und können (vgl. Könemann et al. 2015). Der empirische Blick zeigt, dass die christlichen Kirchen in westeuropäischen Gesellschaften weitgehend mit säkularen und für die Allgemeinheit übersetzten Argumenten (vgl. Habermas 2001) in den öffentlichen Diskurs als akzeptierte Akteure eingebunden sind (vgl. Könemann et al. 2015).

Um zu verstehen, welchen illiberalen/pseudo-liberalen Einfluss fundamentalistische christliche Akteure auf die Politik und (post-)säkulare Öffentlichkeit zu nehmen versuchen, sind ihre Rückbindungen an ihr theologisch-politisches Selbstverständnis zu berücksichtigen. Nach Teidelbaum (2018) werden zentrale politische Anliegen christlicher Akteure (d.h. katholischer Traditionalisten, Evangelikaler und Fundamentalisten) in Deutschland identifiziert: Bewahrung der Rechte und Privilegien für Christ:innen, konservative Sexualmoral, Lebensschutz, Mission und Kreationismus. Zu den projizierten politischen Feindbildern zählen (innerkirchlicher wie gesamtgesellschaftlicher) Liberalismus, die gesellschaftspolitische Linke, Feminismus, Islam, Christenverfolgung, Ablehnung der Liberalisierung der Rechte von Homosexuellen (ebd.). Für eine Analyse des Diskurses Gender und Islam und des möglichen *Hijacking Politics* in der Kommunikation der CM stellt sich vor diesem Hintergrund die Frage nach der taktischen Bezugnahme auf religionspolitische Debatten in der skizzierten Kultur demokratischer politischer Öffentlichkeit in Deutschland.

3 Design, Korpus und Methoden

Aktuelle Untersuchungen konzentrieren sich auf die Mobilisierung und Vernetzung der christlichen Rechten auf Social Media, belegen damit deren Anpassungsfähigkeit an modernisierte Kommunikationsbedingungen und konstatieren erhebliches

Mobilisierungsvermögen (vgl. Strube 2023). Printmediale Organe eignen sich demgegenüber als Materialbestand, um insbesondere langjährige Entwicklungen in der medialen Kommunikation christlicher Rechter und diesen zugrunde liegende Taktiken oder Umgänge mit einer sich wandelnden gesellschaftspolitischen Umwelt zu verstehen.

Die Christliche Mitte (CM) nimmt Einfluss auf den öffentlichen Diskurs, in dem sie monatlich einen Kurier in einer Auflage von etwa 14.000 Exemplaren herausgibt (Stand 2014, in den 1990er Jahren ca. 17.000, vgl. Kühn 2016a). Mit einer Website verleiht sie ihren Anliegen weitere öffentliche Präsenz: Hier werden eigene Publikationen zur Bestellung vorgestellt sowie der Kurier der Christlichen Mitte seit 2001 archiviert und zum Abruf bereitgestellt. Für die Analysen des vorliegenden Artikels wurden 226 abrufbare Ausgaben des Kuriers der Christlichen Mitte für den Zeitraum von 2001–2022 zugrunde gelegt. Von Fachliteratur und von Recherchearchiven wurde die ehemalige Partei Christliche Mitte in ihrer Ausrichtung als christlich-fundamentalistisch eingestuft (vgl. apabiz 1996; Jentsch 2016). Im Jahrbuch *Extremismus und Demokratie* wird der Kurier der Christlichen Mitte in einem Zeitschriftenportrait von Kühn (2016a) besprochen, wobei die Haltung der Partei als islamophob und homophob umschrieben wird (vgl. ebd.: 275), wobei in der Berichterstattung auffallend »immer gleiche Standpunkte [...] überreichlich wiederholt« würden (ebd.: 265). Ihren politischen Einfluss schätzt das Portrait zum Zeitpunkt der Erstellung gering ein, wobei die Positionen einen »Ausgangspunkt für eine Radikalisierung bilden« könnten (ebd.: 274) und ein gewisses Maß an »Gefährlichkeit ihrer Glaubensinhalte [...] mit Blick auf das Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat« abschließend nicht ausgeschlossen wird (ebd.: 275). Ein zentrales Anliegen der CM ist das vollständige Verbot der Abtreibung, sie richtet sich gegen Homosexualität und fordert das Verbot von Sexualkundeunterricht in Schulen. Ein weiteres politisches Hauptanliegen markiert der Kampf gegen die sogenannte Islamisierung Deutschlands (vgl. apabiz 1996; Kühn 2016b).

Neben diesen Themenfeldern schreiben die Autor:innen des Kuriers über Esoterik, Religion und Geschichte (vgl. Kühn 2016a; Schmidt/Rink 2002; Thielking 1999). Anscheinend wird jeglicher Dialog mit anderen »Mono- und Polytheisten, Spiritisten, Atheisten und Nicht-Katholiken« abgelehnt (Kühn 2016b: 138). In Teilen weise die CM ideologische Strukturmerkmale »extremistischer Doktrinen« nach Pfahl-Traughber auf, darunter »exklusiver Erkenntnisanspruch, dogmatischer Absolutheitsanspruch, essenzielles Deutungsmonopol, dualistischer Rigorismus sowie fundamentale Verwerfungen« (Kühn 2016b: 116f.). Ideologisch sei die CM schließlich insofern als extremistisch einzustufen, da »die Anbindung der Gesetze und des Staates an die Gebote Gottes« gefordert werde, und »die Etablierung des Christentums als Staatsreligion« gewollt sei, wohingegen sie in der Frage der Organisation und Strategie als nicht-extremistisch eingestuft werden kann (Kühn 2016b: 151f.).

Konkret soll nun in der Analyse der Frage nachgegangen werden, welche Argumentationsfiguren im Themenfeld Gender/Moralpolitik und Islam und welche spezifischen Muster der Verwebung sich in diesen identifizieren lassen und wie diese hinsichtlich ihrer Entstehung, Verfestigung und Veränderungen sowie möglichen politischen und normativen *Hijacking*-Taktiken im Zeitverlauf artikuliert werden. Mittels einer deskriptiven quantitativen Inhaltsanalyse werden die thematischen Beiträge über die Islamvorstellungen im Allgemeinen sowie zu Islam und Gender erfasst, um die relationale Bedeutung des Genderdiskurses innerhalb des Islamdiskurses zu erfassen. Zusätzlich werden die Bezugnahme auf einzelne Stränge wie die Entwicklung homophober Genderdiskurse sowie politische Allianzen und Feindbilder (Parteien, Coronapolitik) in der Häufigkeit ihrer Nennung deskriptiv abgebildet, um den Anschluss an ein neues rechtes Milieu, welches oftmals liberale Werte zu reklamieren versucht, zu überprüfen und nachzuvollziehen.

Die analysierten Artikel wurden mit einer Schlagwortsuche identifiziert. In dem Themenfeld Islam und Gender wurde eine vertiefende qualitative Inhaltsanalyse durchgeführt, wobei die mittels einer qualitativen Inhaltsanalyse identifizierten Argumentationsfiguren »unterdrückte Christinnen« und »unterdrückte Musliminnen« auf die Verwebung des Diskurses mit anderen Themenfeldern sowie *Hijacking*-Taktiken innerhalb ihres Vermittlungskontextes analysiert wurden. Die Codierung für die qualitative Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 2022) wurde, untergliedert nach Themen, Argumenten, Verbindungen, Deutungen, sozialen und politischen Kontexten, computergestützt in MaxQDA durchgeführt.

4 Empirische Ergebnisse

Zunächst werden im empirischen Ergebnisteil die Häufigkeiten der Artikel mit den jeweiligen Bezugnahmen auf politische Parteien, Islam und Genderdiskurse, Genderthemen ohne Islambezug, pseudo-liberale Argumentationsfiguren im Themenfeld Gender und Islam im Zeitverlauf präsentiert. Im Anschluss werden zwei pseudo-liberale Figuren (›Unterdrückte Christin‹ und ›Unterdrückte Muslimin‹) auf ihre inhaltlichen diskursiven Verwebungen eines anti-islamischen komplexen Diskurses der Christlichen Mitte mit Hinblick auf politisches und moralisches *Hijacking* und Häufigkeiten im Diskursverlauf vorgestellt.

Politischer Wandel und öffentliche Einflussnahme

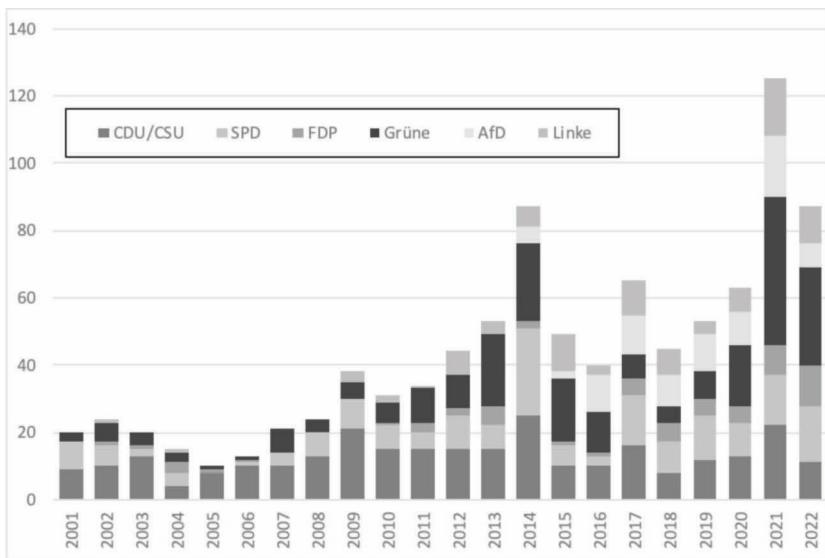
Mit dem Betreiben eines eigenen Presseorgans scheint sich die CM auf ihre Abonnent:innen als Zielgruppe zu konzentrieren, beansprucht mit ihrem Namen jedoch auch, für die »Mitte« der Gesellschaft zu sprechen, so wie AfD und andere RPP eine vermeintliche gesellschaftliche »Normalität« für sich reklamieren möchten. Als

die CM als politische Partei 1988 gegründet wurde (vgl. Kühn 2016a), war es durchaus erklärtes Ziel, ihre politischen Haltungen im parlamentarischen Raum geltend zu machen. Seitdem die CM am Rand eines konservativen christlichen Milieus als christliche Kleinpartei – ohne jemals nennenswerte Wahlerfolge zu erzielen (vgl. ebd.) – als Abspaltung der Zentrumspartei bereits damals mit einer islam- und abtreibungsablehnenden Agenda gestartet war (vgl. Kühn 2016b), haben zunehmend Prozesse der Säkularisierung und Pluralisierung der Gesellschaft stattgefunden. Eine Parole der Selbstdarstellung auf der Homepage der Organisation ist, dass die CM für ein Deutschland nach Gottes Geboten kämpfe sowie die jahrhundertealte katholische Sittenlehre verteidige. In den letzten Jahren organisierte sich die Gruppierung öffentlich als Verein, wie aus der aktuellen Selbstbezeichnung »Verein Christliche Mitte« des Internetauftrittes zu entnehmen ist. Die Auswertung des Rekurses auf etablierte Parteien zeigt, dass sich die Christliche Mitte bis zum Erstarken der AfD vornehmlich auf die christlichen Parteien CDU/CSU im Sinne einer kritischen Bezugnahme konzentriert hatte, welche sich in den Legislaturen der Regierung Merkel auch in personalisierter Form gegen diese richtete (z.B. »Kanzlerin irrt oder täuscht« (2015–3)⁸, Kanzlerin als »Jüngerin Nathans des Weisen?« (2007–7)).

In der CM wurde in einem Beitrag 2017 angeführt, dass die C-Parteien »nach links abgedriftet« seien und sich zu »Anti-C Parteien« entwickelt hätten (2017–9: 2) (ähnlich: »CDU-Islamismus« (2003–9); »CDU und CSU nicht mehr christlich« (2002–7); »CDU – das kleinere Übel?« (2012–9); »Die epochale Katastrophe der CDU (2022–2)). In der Gesamtschau nimmt der Bezug auf parlamentarisch vertretene Parteien im Zeitverlauf zu (vgl. Grafik 1). Auch andere etablierte Parteien werden eher abgelehnt (Die Koalitionsverhandlungen der Ampel werden z.B. als »Dornenkrone über Deutschland« bezeichnet (2021–11)). Vor dem Hintergrund der Ablehnung sämtlicher demokratischer Parteien erfolgte nach anfänglicher Skepsis in den Jahren 2014 folgend (»AfD immer liberaler« (2014–8)) eine dem Eindruck nach affirmativere Bezugnahme auf die AfD. So erhält in den letzten Jahren die AfD in den Titeln der Beiträge einen deutlicheren Zuspruch durch die CM (»Der AfD die Treue halten« (2021–9); »Warum Deutschland die AfD braucht« (2021–1)).

⁸ Nachfolgend werden der Jahrgang und die Monatsausgabe des Kuriers als Verweise genannt.

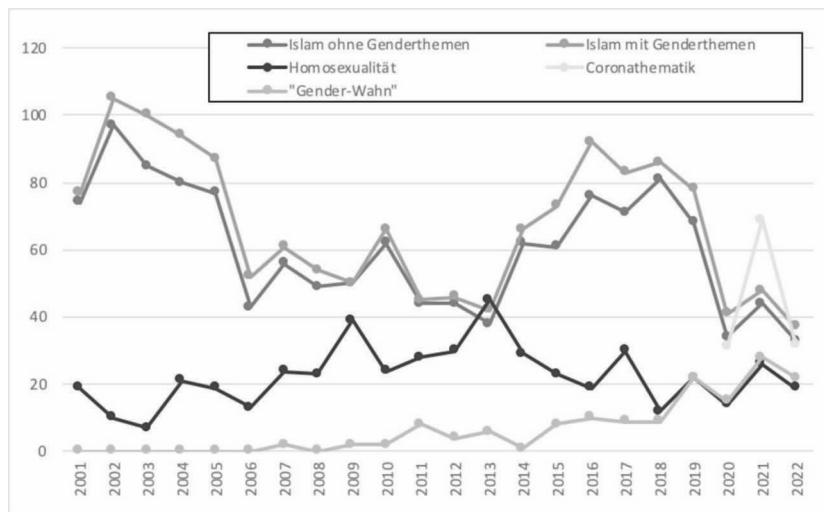
Abbildung 1: Bezugnahme auf politische Parteien



Häufigkeiten: Islamdiskurs, Gender und Islam, Genderthemen

Das Thema Islam (ohne Genderthematiken) verbleibt seit Anbeginn des untersuchten Zeitraumes kontinuierlich auf der Agenda der Kommunikation (1329 erfasste Artikel). Zwei Peaks stechen in der islamfeindlichen Berichterstattung hervor. Sie entsprechen den umfangreichen politischen Debatten (Mediastorms) innerhalb der Qualitätspresse über den Islam und Muslim:innen, der sowohl nach dem terroristischen Anschlag am 11. September 2001 in den USA als auch im Zuge der Debatten um Einwanderung und Migration und die terroristischen Anschläge in Frankreich in den Jahren 2015/16 seine Höhepunkte erzielte. Das Thema Gender und Islam nimmt innerhalb des gesamten Islamdiskurses einen relativ kleinen Stellenwert ein (154 erfasste Artikel), ist aber über den untersuchten Zeitraum konsistenter Bestandteil und folgt in der Häufigkeit der Verwendung den genannten thematischen Konjunkturen. Es bleibt zu betonen, dass in dem hier analysierten Zeitraum bereits vor den Anschlägen von 9/11 eine starke anti-islamische Agenda zu beobachten ist.

Abbildung 2: Häufigkeiten der Berichterstattung über das Thema Islam, die Verschränkung der Themen Islam und Gender, Homosexualität, »Gender-Wahn« und Corona im Zeitverlauf



Das Absinken des Diskurses im Jahr 2020 ließe sich mit dem Einsetzen der Debatten um die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der Coronapandemie interpretieren, da dieses Thema zeitgleich schlagartig in der Berichterstattung des Kuriens ansteigt (132 erfasste Artikel). Innerhalb dieses Themenfeldes hat sich die Christliche Mitte seit 2021 mit einigen Beiträgen in die Nähe von sogenannten ›Querdenkern‹ (vgl. Goertz 2022) bewegt, in welchen Maßnahmen zur Bekämpfung der Pandemie kritisch und häufig im Kontext von Verschwörungserzählungen aufgefasst wurden (u.a. »Der neue Gesundheits-Staat« (2021–02); »Warnung vor Corona-Impfstoff« (2021–03)). Beiträge im Themenfeld der Ablehnung von Homosexualität (496 erfasste Artikel) bleiben ebenfalls kontinuierlich hoch, es wird hier somit keine Anpassung an die Argumentation der AfD vorgenommen, die dem Islam zumindest zur EU-Wahl-Kampagne Homophobie vorwirft. Im Gegenteil verzeichneten bspw. im Jahr 2012–14 homosexuellenkritische und -feindliche Artikel einen Anstieg in den Ausgaben des Kuriens der CM. Parallel wurde mit der Ablehnung eines vermeintlichen »Gender-Wahns« ein an das rechtspopulistische Milieu anschlussfähiger Diskurs etabliert, welcher seit 2006 langsam und seit 2010 zunehmend deutlich zum Ausdruck gebracht wird (148 erfasste Artikel) und dann nahezu im gleichen Umfang wie das Thema Ablehnung von Homosexualität eingebracht. Damit wird ein für Rechtspopulist:innen und ultrakonservative Christ:innen anschlussfähiger Diskurs aus neuen rechten Debatten eingeführt, unterstützt und zugleich mögliche widersprüchliche politische Themenfelder kontinuierlich in davon unabhängigen Diskurssträngen weitergeführt.

Muster der Verwebung und Verteilung der Argumentationsfiguren und ihrer Unterthemen im Diskurs Islam und Gender

Drei Argumentationsfiguren konnten mit der qualitativen Inhaltsanalyse im Themenfeld Islam und Gender herausgearbeitet werden, wobei zwei Figuren pseudo-liberale Begründungen gegen den Islam, die vermeintlich notwendige Verteidigung von Frauenrechten – einmal von Christinnen, einmal von Musliminnen – aufgreifen und eine Figur, die Musliminnen als bedrohlich und feindlich (Kollaborateurinnen eines gewaltvollen, patriarchalen und eroberungswütigen Islams) darstellt. Die in der Literatur beobachtete doppelte Darstellung des Anderen zwischen Viktimisierung und Dämonisierung, um Politiken der Ein- und Ausschlüsse zu reproduzieren und zu legitimieren, findet hier innerhalb des Diskurses der Christlichen Mütte somit eine Entsprechung. Im Zeitverlauf sind diese argumentativen Figuren sowie ihre Unterthemen unterschiedlich verteilt und verbreitet, was auf ihre taktische Verwendung bzw. kommunikative Anpassung an gesellschaftspolitische Kontexte hindeutet. In der folgenden Darstellung der Ergebnisse werden zunächst die in der qualitativen Analyse erarbeiteten Muster der pseudo-liberalen Figuren dargestellt, wobei dann im Anschluss ihr Vorkommen sowie die Verteilung der Unterthemen im Zeitverlauf und vor dem Hintergrund möglicher Vermittlungstaktiken und -kontakte analysiert werden.

Muster der thematischen Verwebung innerhalb pseudo-liberaler Argumentationsfiguren

Die qualitative Analyse bestätigt vorliegende empirische Studien zur inhaltlichen Beschaffenheit anti-islamischer und -muslimischer Diskurse der CM (vgl. Kühn 2016b). Darstellungen sind durchgehend und in allen hier analysierten Figuren im Themenfeld Gender und Islam pauschalierend, einseitig, abwertend, dichotomisierend, es sollen anscheinend Emotionen wie Sorge und Angst erzeugt werden. Der Islam wird generalisierend als eine patriarchal-männliche, gewaltvolle, radikale, eroberungswütige, rückständige und betrügerische Religion dargestellt. Sowohl innerhalb der Darstellungen des Islams als auch des gegenübergestellten Christentums werden essenzialisierende und heteronormative Vorstellungen von gesellschaftlichen Geschlechterordnungen basierend auf dem eigenen christlichen Selbstbild vertreten. Innerhalb des Themenfeldes Gender und Islam fungiert Religion somit als Identitätsmarker zur Aufwertung der eigenen und der Abwertung einer fremden Gruppe, aber auch zum Transport einer heteronormativen religiös begründeten feststehenden gesellschaftlichen Ordnung.

Die qualitative Inhaltsanalyse soll sich nun weiterführend und in Ergänzung auf die diskursiven Verwebungen und Muster verschiedener Themenfelder innerhalb der jeweiligen untersuchten pseudo-liberalen Argumentationsfiguren konzentrieren und die Rolle von Religion bzw. der religiösen Sprecherpositio-

nen hierfür herausarbeiten. Im Ergebnis lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Differenzierungen zwischen den Figuren ›unterdrückte Musliminnen‹ und ›unterdrückte Christinnen‹ identifizieren. In ihrer Verwendung, das zeigen die Inhaltsanalysen für beide Gruppen, werden im Rahmen pseudo-liberaler Argumentationsfiguren Grenzen gesellschaftlicher Sphären in einer spezifischen Form der Deutung und Darstellung verwischt und tragen somit zur Transmission anti-muslimischer Diskurse zwischen diesen Sphären bei. Innerhalb des pseudo-liberalen Frameworks der Argumentationsfiguren finden Verbindungen von demokratisch anerkannten liberalen Werten und illiberalen rassistischen Vorstellungen, z.T. durch Anspielungen auf explizite rechte Topoi, statt. Die folgenden Passagen zeigen anhand der Berichterstattung aus dem Kurier zunächst in einer Zusammenschau die Muster der thematischen Verflechtungen der jeweiligen Figur auf. Darüber hinaus wird deutlich, in welcher Weise (pseudo-)liberale mit illiberalen Werten verwoben werden und wie dadurch die Verwischung der Grenzen zwischen Privatem, für welches eine moralisch ultrakonservative-christliche Lebensführung empfohlen wird, und Politischem, für welches religiös überpolitische Gewissheiten geltend gemacht werden, erfolgt.

Welche Themen werden mit der pseudo-liberalen Figur ›unterdrückte Christinnen‹ verbunden?

Zusammenfassung Figur 1 Die zentrale Ausrichtung der Argumentationsfigur richtet sich auf die Sphäre privater Lebensführung, wie Eheschließung, familiäres Zusammenleben sowie den Bereich der Erziehung und Bildung. Über die Thematisierung von individuellen Schicksalen christlicher Frauen werden Bezüge zu einem rechtsgerichteten Diskurs über den Islam, wie zur Entwicklung der Bevölkerungszahl (in städtischen Räumen), zum behaupteten ›Vorrücken‹ der Scharia, zur Problematierung von muslimischer Integration und Migration oder zu abwertenden Sichtweisen über historische Leistungen von Migrant:innen für die Gesellschaft, hergestellt. Die Eröffnung eines Bedrohungsszenarios durch Islamismus wird in dieser Argumentationsfigur im Zusammenhang mit der an rechte Diskurse anknüpfenden Rede über eine ›Islamisierung europäischer Gesellschaften‹ eingebracht. Darüber hinaus werden internationale Menschenrechtsdiskurse sowie die Debatten um Fluchtmigration 2015/16 als politische Themenfelder besetzt.

Ehe, Familie und Erziehung Das Themenfeld der interreligiösen Ehe in Deutschland bildet einen Schwerpunkt der Berichterstattung, unter anderem in der Rubrik »... alles nur Lüge«. So wird behauptet, dass die Ehe mit muslimischen Männern nur auf einer vorsätzlichen Täuschung basiere, da nach einer Eheschließung die Reduktion des weiblichen Körpers auf den Objektstatus, die Nichteigenständigkeit als Ehefrau, die Zuweisung auf den Haushalt und eine Nichtbeachtung und

Vernachlässigung erfolgen würden (vgl. 2003–01: 2; 2003–03: 3). Pauschalisierend wird in diesem Zusammenhang insinuiert, der Islam sei eine »Männer-Religion« wobei »der Mann alle Rechte, die Frau alle Pflichten« habe (2019–05: 1) und von der Frau erwartet würde, »sich dem Willen ihres Mannes« »absolut zu beugen« (2017–01: 4). Andere Artikel aus dem Themenfeld der interreligiösen Eheschließung warnen vor einer betrügerischen »Scheinehe« auf Zeit, die zweckmäßig auf einen »Erwerb von unbefristeten Aufenthaltsgenehmigungen« abziele (2003–03: 2; 2006–01: 1). Wiederholt wird auf die CM-Broschüre »Ich war mit einem Muslim verheiratet« verwiesen, welche vermeintlich authentische, durchwegs negative Erfahrungsberichte versammelt und vor Eheschließungen warnt (2003–10: 1). Auch das in rechts gerichteten Diskursen verbreitete Sujet von Christinnen als »Freiwild« muslimischer Männer wird aufgerufen (vgl. 2003–8:4).

In einem kleineren Umfang bezieht die Figur die Felder Erziehung und Bildung ein. Unter dem Titel »Eine besorgte Mutter« wird anhand des Beispiels der sorgenvoll kommentierten Einführung von Zweisprachigkeit in einem Kindergarten die Thematik eines »hohen Ausländeranteils«, der mit »Islamisierung« beschrieben wird, aufgegriffen (2004–05: 4). Auch im Bereich Erziehung und Schule wird die vermeintlich genuin minderwertige Stellung der Frau im Islam alltagsbezogen thematisiert, so berichtet etwa eine Lehrerin vom respektlosen Umgang eines ihrer muslimischen Schüler ihr gegenüber (vgl. 2006–07: 3). Des Weiteren werden nationalistische Ressentiments und Ablehnung gegen Immigration von Muslim:innen in der Rubrik lanciert und durch persönliche Erfahrungsberichte vermeintlich belegt. So schildert etwa eine geschiedene Ehefrau, die sieben Jahre lang mit einem Muslim verheiratet gewesen sei, sie sei kein »Ausländerfeind«, habe in ihrer Kleinstadt mit einem sehr hohen arabischen und türkischen Bevölkerungsanteil jedoch damit zu kämpfen, sich nicht an »Wünschen der Islamisten anzupassen« (2004–03: 2). Über die vermeintlich besondere Authentizität von »ehemals« unterdrückten Christinnen als Sprecherinnen und ihren Erfahrungen werden migrantische Gruppen über ihre Herkunftsregionen sui generis als islamistisch gerahmt.

Der Islam täusche zudem eine »noch teils christlich geprägte, friedenswillige Öffentlichkeit«, würde aber eine »Weltoberung« beabsichtigen und dies mit »Hilfe von Geburten« anstreben (2015–03: 3). Dieses konstruierte Szenario einer verabredeten und organisierten »Islamisierung«, zur Umgestaltung westlicher Demokratien und Gesellschaften, stellt einen Kernbestand illiberaler islamfeindlicher Projektionen der Neuen Rechten dar und wird in diesem Zusammenhang mit der Verschwörungserzählung eines »Großen Austausches« vorgebracht (kritisch: Kutscher 2023).

Verfolgung von Christinnen in mehrheitlich islamischen Ländern Innerhalb der Argumentationsfigur bildet die Berichterstattung über die Verfolgung oder Diskriminierung von Christinnen in islamisch geprägten Ländern einen thematischen

Schwerpunkt. *Hijacking liberal Politics* Diskurse werden mit der pseudo-liberalen personalisierten Ausgangsfigur, der Christin, die von Unterdrückung betroffen ist, verflochten: So werden für das Feld der Außenpolitik humanitäre menschenrechtliche Diskurse mit einbezogen. Christinnen werden als von Gewalt oder rechtlichen Entmündigungen Betroffene dargestellt, zugleich wird ihnen Widerständigkeit und Beharrungskraft durch ihren Glauben attestiert (vgl. 2016–08: 2). In Fallbeispielen aus konkreten Ländern wird illustriert, wie z.B. Christinnen das Sorgerecht für ihre Kinder entzogen werde, wenn der muslimische Ehemann verstorben sei (vgl. 2003–03: 3) oder sie aus Deutschland in die Herkunftsregion des Mannes einreisten oder migrierten (vgl. 2004–12: 4; 2005–01: 2; 2005–02: 3; 2005–03: 3; 2008–12: 3). In anderen Berichten wird etwa Zwangskonversion (in Pakistan) problematisiert (vgl. 2004–09: 3; 2016–08: 1). Die emotionalisierenden Lebensgeschichten von Frauen in diesen Ländern werden in einer eigenen Broschüre der mit der CM verbundenen »Vereinigung zum Schutz schwacher und hilfloser Menschen« in vorgeblich humanitärer Absicht zusammengestellt (2008–03: 2). Auch wenn jegliche Verfolgung von Christinnen und Nicht-Musliminnen selbstverständlich abzulehnen ist, wird hier durch Pauschalisierung und Verflechtung mit abwertenden Darstellungen und Argumenten ein wichtiger feministischer und menschenrechtlicher Diskurs instrumentalisiert.

Fluchtmigration Zum Zeitpunkt umfangreicher medialer gesellschaftspolitischer Debatten zum Thema Fluchtmigration wie in den Jahren 2015/16 werden wiederum konkrete Bezüge auf diese hergestellt. Ein Sujet ist dabei die vermeintliche Bedrängung christlicher geflüchteter Frauen durch muslimische Männer in Sammelunterkünften. Eine Unterscheidung in ›schützenswerte‹ und ›bedrohende‹ Geflüchtete, die Ein- und Ausschlussprinzipien reproduzieren, wird hier entlang einer geschlechtlich-religiösen Trennungslinie hervorgebracht. Anhand eines Beispiels eines Imams, der einer Politikerin, die eine Moscheegemeinde aufsuchte, nicht die Hand schüttelte, wird ›dem Islam‹ ein ›Männlichkeits-Wahn‹ unterstellt (2016–03: 1). In diesem Kontext werden die Vorstellungen von Genderungleichheit im Islam sowohl Neuankommenden als auch etablierten muslimischen Gemeinden zugeschrieben. Auch wurden zu dieser Zeit von Asylsuchenden (geringschätzig als ›Asylantern‹ bezeichnet) begangene (sexualisierte) Gewalttaten besonders thematisiert (vgl. 2017–02: 2; 2017–23: 2). Während in zahlreichen Darstellungen eine behauptete gleichberechtigte Stellung der Frau im Christentum als Pendant implizit mitschwingt, wird der vermeintlich emanzipative Verhandlungsraum innerhalb christlicher Beziehungen in jüngeren Beiträgen thematisiert, demnach Frauen nicht nur für die ›Zeugung von Kindern und als Hilfe in der Haushaltsführung‹ dienten (2017–07: 3). Dass Männer wie Frauen und Personen mit diversen Geschlechtern und sexuellen Orientierungen nach Europa fliehen, um Schutz vor Verfolgung zu erhalten, bleibt in diesem Kontext unerwähnt. Universelle humani-

täre und menschenrechtsorientierte Diskurse werden umgedeutet oder verkürzt (vgl. Hirschberger/Voges 2024).

Welche Themenfelder werden mit der pseudo-liberalen Figur ›unterdrückte Musliminnen‹ verbunden?

Zusammenfassung Figur 2 Die pseudo-liberale Figur der ›unterdrückten Musliminnen‹ nimmt starke Bezüge auf politische Debatten um Religionsfreiheit und Aushandlungsprozesse um religiöse Pluralität und Religionsfreiheit in Europa sowie auf internationale Frauenrechtsbewegungen und feministische Kämpfe um Selbstbestimmung und Emanzipation innerhalb islamistischer Regime. Daneben bestehen auch in dieser Argumentationsfigur Bezüge auf die privaten Lebensbereiche Ehe und Sexualität, in welcher der Islam und muslimische Männer sui generis als gewaltvoll gegenüber muslimischen Frauen dargestellt werden. Die pauschalisierende Darstellung besitzt überdies eine paternalistische Komponente, indem etwa christliche Gruppierungen vorgeben, sich um das Wohlergehen von muslimischen Frauen in Deutschland, Europa und weltweit zu sorgen und dabei viktimalisierende Darstellungen muslimischer Frauen vornehmen und explizit »Arme Musliminnen« (2002–09: 4) bedauert werden. Die rechte verschwörungsideologische Erzählung einer beabsichtigten Eroberung Europas durch den Islam wird in dieser Figur ebenfalls eng mit dessen behaupteten extremistischen Tendenzen wie mit der vermeintlichen Unterwerfung der Frau im Islam in Zusammenhang gebracht.

Kopftuch Das Kopftuch und die in diesem Zusammenhang aufgeworfene Zuweisung einer generellen Unterdrückung der Frau im Islam nimmt in der Berichterstattung des Kuriers einen zentralen Stellenwert ein. Interessant für den vorliegenden Kontext ist, dass der Diskurs zum Kopftuch entlang juristischer und öffentlicher Auseinandersetzungen geführt wird und Darstellungen eines radikalen und gewaltvollen Islams in diese eingespeist werden. Das Tragen des Kopftuches wird im Kurier nicht als religiöse Praxis im Kontext von Religionsfreiheit diskutiert, sondern mit Extremismus und Unterdrückung der Frauen gleichgesetzt. So würde sein Tragen im Staatsdienst von Lehrerinnen in Deutschland juristisch und mit der Unterstützung extremistischer islamischer Organisationen erstritten (vgl. 2001–05: 1). Der demokratische Rechtsstaat wird an dieser Stelle affirmativ gegen einen behaupteten Extremismus ins Feld geführt, während es eigentlich darum geht, dessen Neutralität und die gleiche Behandlung von Religionsgemeinschaften auszuhandeln. Zeitgleich wird hier der unterdrückten Muslima die Figur der bedrohenden Muslima als Handlangerin extremistischer Organisationen gegenübergestellt. In Fällen des gerichtlich genehmigten Tragens von Kopftüchern für Lehrerinnen unter bestimmten Bedingungen wird an den Islam in der Berichterstattung der Vorwurf gerichtet, dieser akzeptiere nur sich selbst, der Schleier diene heute als »politisches

Symbol« das »von Männern zur Machtdemonstration angeordnet« werde (2015–05: 4).

Feministische Kämpfe und Bewegungen Ein weiteres Themenfeld innerhalb dieser Argumentationsfigur umfasst Bürgerrechts- und Menschenrechtsdiskurse zur Situation von Frauen in mehrheitlich islamischen Ländern. Dabei werden einerseits »Frauen-Morde in der Türkei« (2004–03: 3) und »Gewalt gegen türkische Frauen« (2004–04: 3) aufgegriffen und Darstellungen eines gewaltbereiten Islams in Artikeln wie »Gefangen im Libanon« (2011–10: 3), »Das Todesurteil« (2012–04: 2), »ISIS-Jagd auf Frauen« (2016–05: 3), »Versklavt im Islam« (2018–4: 4), »Kurzer Haarschnitt verboten« (2019–05: 3) intensiviert. In der Zeit ab 2019 finden parallel dazu feministisch-humanitäre Solidarisierungsbekundungen mit Frauen in islamistischen Regimen, bspw. Iran, statt. Im Fahrwasser aktueller feministischer Kämpfe wird etwa zur Solidarisierung mit einer Anwältin in einem Frauengefängnis im Iran aufgerufen (vgl. 2019–11: 3) oder mit der gleichen Stoßrichtung der islamistische Rollback in Afghanistan kritisiert (»Afghanistan in der Burka« (2021–10: 2), »Afghanistan schafft Schulrecht für Mädchen ab« (2022–07: 2)).

Ehe, Sexualität, Konversion Private Bereiche wie Ehe und Sexualität werden in dieser pseudo-liberalen Figur ebenfalls in einer ethnosexistischen Art und Weise angesprochen. In einem Themenfeld wird die Unterdrückung von Musliminnen in Zwangsehen sowohl in Deutschland (vgl. 2005–02: 2) als auch in mehrheitlich islamischen Ländern aufgegriffen, so zum Beispiel in Pakistan (vgl. 2020–12: 1). Der Islam sowie die Herkunftsregion von Migrant:innen werden als »rückständig« dargestellt und dadurch suggeriert, dass demokratische Werte durch die als homogene Gruppe beschriebenen Eingewanderten in Frage gestellt würden. Geschilderte Fälle von »Muslima im Frauenhaus« (2006–06: 1), »Scharia in Deutschland« (2016–02: 3), »5.000 ›Ehrenmorde‹ jährlich« (2020–07: 2), »Scheidung per E-mail« (2003–09: 1) sollen auf die Gewaltbereitschaft, Segregation, Eigenjustiz und Gefülslosigkeit von Männern gegenüber Frauen im Islam hinweisen. Sexualisierte Gewalt wird als im Islam legitimiert dargestellt und in diesem Zusammenhang werden suggestive Fragen aufgeworfen, die auf hohe Geburtenraten anspielen (»Deutschland in 30 Jahren?«) (vgl. 2016–01: 3), welche an die rechte Verschwörungserzählung des »Großen Austauschs« anschließen (s.o.).

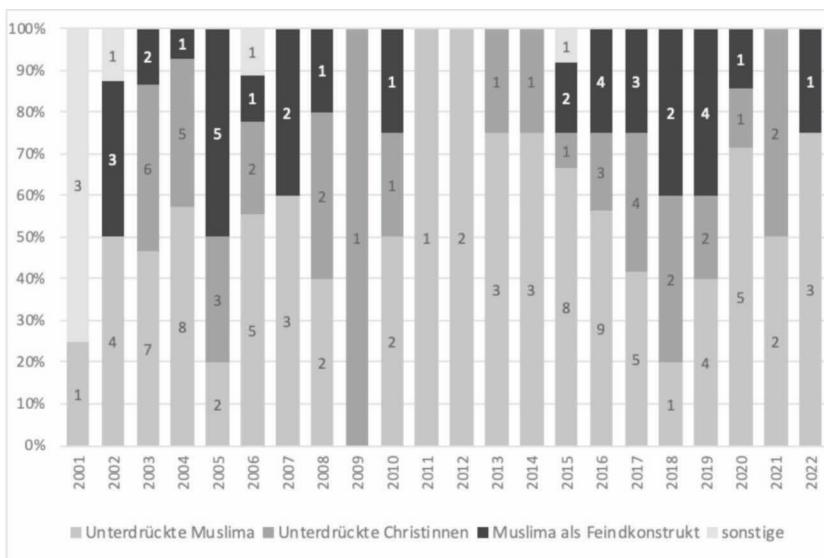
Ein explizit religiöses Thema stellt die Konversion als Handlungsoption für unterdrückte muslimische Frauen dar (umgekehrt werden Christinnen vor dieser gewarnt). Hier pflegte der KCM eine langjährig wiederkehrende Rubrik unter dem Titel »Ich war eine Muslima«, in welcher ehemalige Musliminnen über ihre Entscheidung zur Konversion und diesen als Befreiung empfundenen Schritt berichteten (vgl. z.B. 2002–02: 2; 2003–01: 4). Einzig in diesem Zusammenhang werden ehemalige Musliminnen als »Subjekte« dargestellt, die für sich sprechen und sich

über den Akt der Konversion, also über das Bekenntnis zum Christentum, aus einer unterdrückten Situation ›befreit‹ haben (»Muslima findet CHRISTUS« (2013–11: 2)), »Mission unter Muslimen« (2004–01: 2) oder »Eine Muslima bekennt« (2010–12: 3).

Zur Begründung der Ursache einer misogynen Haltung muslimischer Männer werden in einigen Texten biblische Erklärungen herangezogen, wonach »der Hass auf die Frau, der sich im Islam so deutlich zeigt« »dämonischen Ursprungs« sei (2016–07: 3,), umgekehrt wird argumentiert, »nirgendwo ist die Stellung der Frau so hoch wie im Christentum« (2016–06: 3).

Taktische Vermittlung der Argumentationsfiguren im Zeitverlauf

Abbildung 3: Häufigkeiten des Argumentationsmusters Islam und Gender – Relationen der Gruppen und absolute Nennungen.



Die thematischen Schwerpunkte und Verwebungen innerhalb dieses Diskurses sind zeitlich ebenfalls unterschiedlich eingesetzt. Dabei ist zwischen einem kontinuierlichen, zeitlich-kontextuell unbestimmten Alltagsbezug, der auf den vermeintlichen Erfahrungswerten von Individuen basiert, und einem konkreten ereignisgebundenen Bezug, der oftmals im Zuge gesamtgesellschaftlicher politischer Debatten hergestellt wird, zu unterscheiden. Insbesondere die Berichte und lebensweltlichen Bezugnahmen der christlichen Sprecherinnen ermöglichen die zeit- und kontextunabhängige Verbreitung der Diskursbotschaften, unabhängig von politischen und juristischen Aushandlungen oder konkreten illiberalen

politischen Handlungen islamistischer Akteure. Taktisch ist diese Figur zeitlos einsetzbar und kann somit nahezu zeitlich unabhängig von politischen Ereignissen kontinuierliche Bedrohungen heraufbeschwören. Da sie in hohem Maße auf Beschreibungen von Lebensumständen von Christinnen im europäischen und außereuropäischen Ausland aufgebaut wird, bleibt sie außerhalb der Alltagserfahrung der meisten Adressat:innen der Zielgruppe und ist deshalb relativ wenig überprüfbar und widerlegbar. Im Diskurs um Fluchtmigration erfolgen dann starke Bezugnahmen auf gesellschaftspolitische Ereignisse im Sommer 2015/16 sowie deutliche Anknüpfungen an (rechtspopulistische) Narrative über die Bedrohung von christlichen (geflüchteten) Frauen im Themenfeld Gender und Islam. Es wird eine Mischung aus politischen/ereignisbezogenen und privaten lebensweltlichen Erzählungen generiert.

Die Figur der Unterdrückung von muslimischen Frauen ist schließlich am umfangreichsten und kontinuierlich im Themenfeld präsent. Das Argument macht in vielen Jahren teils mehr als die Hälfte des Diskurses Gender und Islam aus. Die in der qualitativen Analyse aufgezeigten Unterthemen, welche in dieser Figur verflochten werden, sind dabei jedoch unterschiedlich stark in der Berichterstattung des Kuriers vertreten. Als Vermittlungskontexte werden vornehmlich politische Gelegenheitsstrukturen und hier Debatten über religionspolitische Entscheidungen und juristische Urteile als auch über mediale Debatten über (internationale) gesellschaftspolitische Großereignisse herangezogen, wobei ebenfalls in geringerem Umfang eine alltagsbezogene Berichterstattung über die Situation von unterdrückten Musliminnen im Islam eingebracht wird. Dabei bezieht sich der Kurier auf konkrete Ergebnisse juristischer Verhandlungen im Fall der Positionierung zur Kopftuchdebatte. Taktisch wurde hier z.T. an Aussagen von etablierten Akteuren demokratischer Institutionen angeschlossen: So wird sich affirmativ auf die Aussage des damaligen Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes NRW bezogen, der das Tragen des Kopftuches als ›in offenem Widerspruch zu elementaren Grundwerten unserer Verfassung‹ stehend ablehnte (2003–11: 1). Das Thema wurde entlang der juristischen Aushandlung von den beginnenden 2000er Jahren bis Mitte der 2010er Jahre im KCM verhandelt und erst mit Beendigung der juristischen Aushandlungen zurückgestellt. Seit Anfang der 2010er Jahre werden demgegenüber stärker Berichte über verfolgte und unterdrückte Musliminnen in islamischen Ländern vorgestellt. Konkrete Gewalt- und Unterdrückungereignisse islamistischer Regime und Gruppen gegen Frauen, welche ebenfalls in der öffentlichen medialen Debatte thematisiert und verurteilt wurden, sind hier Anlass, das pseudo-liberale Argument besonders anschlussfähig an gesellschaftliche demokratische Mehrheiten zu präsentieren.

Innerhalb dieser Argumentationsfigur arbeitet die Etablierung eines kontinuierlichen abwertenden Alltagsdiskurses neben den politischen Bezugnahmen gegen die möglicherweise vielfältigen und von diesen Deutungen abweichenden Erfahrungen in alltäglichen Kontakten mit Muslim:innen bzw. lädt diese Begegnungen

womöglich a priori mit Vorurteilen auf. Personalisierte Darstellungen sind auch in dieser Argumentationsfigur taktisches Mittel zur Verbreitung von vermeintlichen Gewissheiten, die aus den geschilderten Fällen abgeleitet und auf alle Muslim:innen angewandt werden. Die Aussagen und emotionalisierenden Geschichten betroffener Frauen werden dann zu verzerrenden Wahrheiten mit Gewicht – und konterkarieren feministische Ansätze, wonach persönlichen Erzählungen und Wahrnehmungen Aufmerksamkeit geschenkt werden sollte. Das Unterthema Gewalt in der Ehe lässt sich ebenfalls unabhängig von politischen Ereignissen lancieren und füllt den Diskurs über Gender und Islam insbesondere in Zeiten, in welchen der Islam-diskurs in Abwesenheit politischer Großereignisse und Debatten geringer ausgeprägt ist. Die an sich wichtige kritische Thematisierung von sexualisierter Gewalt und Alltagssexismus wird in diesen selektiven Darstellungen zielgerichtet für die pauschalisierende Abwertung muslimischer Männer benutzt.

Abschließend lässt sich für die Entwicklung des Diskurses und die verwendeten Argumentationsfiguren konstatieren: Selbst wenn die pseudo-liberale Argumentationsfigur im Themenfeld Islam und Gender zusammengenommen den größeren Anteil im Themenfeld Islam und Gender ausmacht, kann auf Grundlage der untersuchten Häufigkeiten keine Entwicklung zu einem verstärkten taktischen Einsatz und damit zum Trend eines *Hijacking liberal Values* beobachtet werden. Die kontinuierliche Präsenz des Arguments weist jedoch auf seine besondere Bedeutung als feste Scharnierfunktion, Anschluss an andere gesellschaftliche Gruppen und demokratisch legitimierte Argumentationsgruppen zu suggerieren, hin.

5 Synopse

Insgesamt zeigt die Analyse, dass eine pseudo-liberale Verschränkung des Themenfeldes Gender und Islam in der Berichterstattung der Christlichen Mitte durchgehend seit den frühen 2000er Jahren in zwei Figuren – der ›unterdrückten Christin‹ und ›unterdrückten Muslim:in‹ – präsent ist. Dieser Befund weist darauf hin, wie weit die untersuchten Phänomene über lange Zeit kontinuierlich über ihre aktuellen aktivierenden Kontexte durch islamfeindliche und rechtspopulistische Politiken rund um Ereignisse wie Terrorismus oder Fluchtmigration hinausgehend verbreitet wurden und kontinuierlicher Bestand anti-islamischer Diskurse sind. So betrachtet gehören die hier untersuchten fundamentalistisch-christlichen Medienberichterstattungen zu langjährigen Produzenten und kontinuierlichen Lieferanten. Innerhalb der Kommunikation über den Islam und Gender werden die untersuchten Argumentationsfiguren in einem Spannungsfeld zwischen liberalen und illiberalen Rekursen dargestellt und knüpfen gleichzeitig an liberale Vorstellungen, die gesellschaftlich weit verbreitet sind, und an illiberale Diskurse der Neuen Rechten an. Da sie innerhalb des Gesamtdiskurses über den Islam nur einen relativ geringfügigen

Stellenwert einnehmen, ist in der Tendenz keine Verschiebung hin zu einem verstärkten taktischen *Hijacking* liberaler Werte in diesem Themenfeld erkennbar. Das belegt auch die durchgehende homophobe Berichterstattung des Kuriens. Eine taktische Anpassung an gesellschaftlichen und politischen Wandel erfolgt allerdings über politisch-organisatorische Neuausrichtungen und dabei die Anknüpfung an Themen neuer/transformierter rechter Milieus, Strömungen und Parteien. In diesem Zuge erfolgen die Übernahme und der Aufbau gemeinsamer Feindbilder – insbesondere gegen etablierte demokratische politische Parteien und ihre Politiken.

Die Ergebnisse zeigen, dass im Rahmen der pseudo-liberalen Argumentation Religion (oftmals über die Sprecherposition und Erfahrungen von unterdrückten Christinnen und Musliminnen) mit Kultur, Ethnizität, Geschlecht und Klasse zu einem komplexen anti-islamischen Diskursgeflecht verwoben wird. Trennungen zwischen Säkularem und Religiösem, Privatem und Öffentlichem/Politik, rechtem Rand und gesellschaftlicher Mitte werden dabei in einer bestimmten Art und Weise verwischt. Taktisch werden teilweise öffentliche Debatten über religionspolitische Themen und Ereignisse genutzt, um die Unterthemen der jeweiligen pseudo-liberalen Positionen einzubringen und um Einfluss auf gesellschaftliche Gesamtdiskurse über den Islam vorzunehmen, teilweise werden in alltagsbezogenen Diskursen vermeintliche Evidenzen dauerhaft in den Berichterstattungen verankert. In diesem Zusammenhang scheint der spezifischen Darstellung von Religion eine weitere Funktion zuzufallen. Sie vermittelt den Adressat:innen innerhalb des christlichen Feldes, stets moralisch auf der richtigen Seite zu stehen und bietet in besonders umstrittenen Debatten und in einem sich wandelnden gesellschaftlichen Umfeld eine ambivalenzfreie Deutung unabhängig von politischem Kontext und Zeitpunkt der Vermittlung an.

6 Fazit und Diskussion

Während islamfeindliche religiöse Bezugnahmen hinsichtlich von Identitätsbildungen, Fremdkonstruktionen und Mainstreaming-Taktiken in rechtspopulistischen und neurechten Diskursen in verschiedenen Ländern Europas bereits Gegenstand zahlreicher Untersuchungen sind, wurden insbesondere die Bezugnahmen und die Anschlussfähigkeit der traditionellen christlichen Rechten und damit ihre mögliche politische Rolle im Zuge des aktuellen Erstarkens rechtspopulistischer/islamfeindlicher Strömungen einerseits und für den Anschluss an Islamdiskurse in der Mitte der Gesellschaft andererseits bislang weniger untersucht. Eingangs wurde auf die Inkonsistenz volatiler und geschlossener ideologischer Weltbilder zwischen rechtspopulistischen Strömungen und fundamentalistischen christlichen Organisationen und auch in einigen konkreten moralpolitischen Feldern hingewiesen. In diesem Beitrag wurde am Fallbeispiel des Kuriens der Christlichen Mitte unter

der Perspektive von *Hijacking liberal Values* und *Hijacking Politics* aufgezeigt, inwiefern Akteure aus dem fundamentalistischen katholischen Spektrum ihre Diskurse gegen ihre zentralen Feindbilder einerseits kontinuierlich und stabil fortführen, andererseits neue Feindbilder und Diskurse aufnehmen, die es ihnen ermöglichen, an ein zunehmend normalisiertes rechtes Milieu anzuknüpfen. Anpassungstaktiken an gesellschaftlichen und politischen Wandel erfolgen zudem auf der politisch organisatorischen und kommunikativen Ebene, wenn zum Beispiel Bezugnahmen auf Akteure und Gruppen verändert, aufgegeben sowie neu hinzugenommen oder politisch organisatorische Restrukturierungen der eigenen Organisation vorgenommen werden. Diese Befunde legen anhand des konkreten Fallbeispiels nahe, dass fundamentalistische christliche Akteure politisch weitaus flexibler auftreten können als es durch ihr abgeschlossenes Weltbild auf den ersten Blick erwartet werden könnte.

Welchen Beitrag die vorgelegte Analyse anhand eines Fallbeispiels zum Forschungsfeld der Beziehung von Rechtspopulismus und Religion leisten kann, soll in drei abschließenden Überlegungen diskutiert werden.

- Die Einbindung unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppierungen durch die AfD und vice versa die Bezugnahme auf diese als politisch-parlamentarischer Transmissionsriemen durch außerparlamentarische Gruppen lenkt die Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit aktuellen Normalisierungsprozessen auch auf ehemals marginalisierte politische Gruppen und Strömungen. Anscheinend sind christliche (radikalierte) Rechte aktuell nicht in der politischen Bedeutungslosigkeit verschwunden – selbst wenn ihre Ideologie nicht deckungsgleich mit RPP ist und ihre ideologische Geschlossenheit weiterhin nur von einer Minderheit in der AfD getragen werden sollte (vgl. Jentsch 2016). Hatten christliche fundamentalistische Akteure wie die Christliche Mitte jahrzehntelang auf die etablierten C-Parteien Bezug genommen, ist mit der zusätzlichen affirmativen Fokussierung auf die AfD ein politischer Strategiewechsel erfolgt, der sich mit der oftmals als instrumentell beschriebenen Besetzung der AfD von Religion politisch zufrieden zu geben scheint. Innerhalb eines europäischen politischen Frameworks hat sich die hier analysierte Christliche Mitte selbst von der Beteiligung im parlamentarischen Raum auf ihre Organisierung als Verein in der vorparlamentarischen öffentlichen Sphäre zurückgezogen. In gewisser Hinsicht verfolgt sie hier mit dem Aufkommen der AfD einen ähnlichen Ansatz wie die US-amerikanische christliche Rechte, sich selbst auf die Stärkung der moralischen Lebensführung und politischen Haltung der christlichen Basis (im lokalen Raum) zu konzentrieren (vgl. Minkenberg 2004) – wie es in einer (neo-)liberalen Ordnung (bei auffälliger Abwesenheit jeglicher ökonomischer Bezüge in dieser Figur) auf den ersten Blick legitim erscheint. In dieser Weise muss sie sich nach außen keinem politischen Anpassungsdruck

beugen und kann einen vermeintlich überpolitischen Wahrheitsanspruch unhinterfragt weiterführen. Zudem kann sie konzentriert innerhalb des religiösen Feldes wirken, in welchem ebenfalls politische Normalisierungsprozesse (z.B. eine ablehnende Haltung gegenüber Islam und Migrant:innen, Zuspruch zur AfD) um sich greifen (vgl. Haspel 2023).

- Trotzdem bleibt es zunächst weiterhin ‚ideologisch‘ widersprüchlich, warum religiöse fundamentalistische Akteure sich auf die Unterstützung einer Partei umorientieren, die nicht in enger Rückbindung aus einem christlichen Milieu und Selbstverständnis entstanden ist und ihre politischen Ziele nicht einheitlich abdeckt. Mit den Ergebnissen lässt sich möglicherweise der Vorschlag von Morrieson unterstützen, den Rechtspopulismus nicht als eine Art säkulare Identitätspolitik abzutun, sondern die sich als religiös maskierte, die religiöse Rhetorik der Populisten im Lichte der post-säkularen Verwischung der Grenzen zwischen dem Religiösen und dem Säkularen in zuvor säkularisierten Gesellschaften zu diskutieren (vgl. Morrieson 2017: 94). Im Lichte dieser Perspektive kann die Konzeption des *Hijacking Religion* kritisiert werden, weil sie fälschlicherweise impliziert, dass Religion ihrer ‚wahren‘ Bedeutung oder reinsten Form beraubt werden kann (vgl. Abdel-Fadil 2018: 114). Der Eindruck entsteht, christliche Rechte könnten in diesem neuen Kontext mit pseudo-liberalen Argumenten in die Verhandlungen über die Verwischung dieser Grenzen von rechts anknüpfen. Nur dem Anschein nach in dieser Figur ins Private zurückgezogen, nutzen sie die diskursive Nachfrage nach überpolitischen Wahrheiten und festigen ihre Position innerhalb des neuen post-säkularen rechten Milieus.
- In diesem Zusammenhang stellt sich für den *Hijacking Politics* Diskurs das konkrete Problem, wie die Anknüpfungen an liberale Argumente wie Menschenrechte und feministische Emanzipation als eine pseudo-deliberative Übersetzung religiöser Begründungen dechiffriert werden kann, wenn im Prinzip antipluralistische, nationalistische und ethnosexistische Haltungen zugrunde liegen und z.T. explizit mit diesen Diskursen verwoben werden. Dafür scheint einerseits relevant, dass sich der hier untersuchte fundamentalistisch-christliche Diskurs (in einem vermeintlichen Einklang mit liberaler Demokratie) privaten Lebensentwürfen zuwendet. Trotzdem werden über diese Perspektive politische Haltungen über die Berichte der persönlichen Schicksale von durch den Islam Unterdrückten eingeflochten, welche illiberale Vorstellungen transportieren.

Für den Bereich der öffentlichen Debatte um gesetzgebende Verfahren und politische und juristische Entscheidungen wird andererseits deutlich, dass diese zwar durch Übersetzung im Anschluss an universell humanitäre oder feministische Debatten ins säkulare Feld für alle Bürger:innen nachvollziehbar und teilbar gemacht werden sollen, dabei jedoch illiberale Verkürzungen, Umdeutungen und Besetzungen der säkularen humanitären Argumente vorgenommen werden. Von Seiten

christlich fundamentalistischer Akteure wird taktisch der Versuch vorgenommen, mit genau denjenigen demokratisch akzeptierten Spielregeln der Trennung von Religion und Politik sowie der Verwendung allgemein nachvollziehbarer Argumente, illiberalen Einfluss auf Politik und Öffentlichkeit zu nehmen. Es findet so betrachtet die Instrumentalisierung einer politischen und institutionell verankerten Kultur statt, wie sie seit Jahrzehnten zwischen demokratischen Akteuren in Kirchen und Staat ausgehandelt und etabliert wurde. Damit ist nun ein Problem in der Konzeption bzw. der praktischen Ausgestaltung deliberativer Öffentlichkeit aufgetreten. Wie kann man nicht nur analytisch zwischen legitimer demokratischer Kritik und verschleiertem diskriminierendem Diskurs unterscheiden (Biskamp 2018), sondern wie können diejenigen pseudo-liberalen Ideen-Schleusen praktisch geschlossen werden, wenn sie sich vordergründig an den geforderten liberalen Konsens oder pluralistischen Kompromiss in ihren Formen der Beteiligung und Argumentation anpassen? Welche Bedingungen spielen dabei eine diskursverzerrende Rolle, etwa wenn darum gerungen wird, Gleichheiten in religions-politischen institutionellen Arrangements herzustellen (vgl. Willems 2008)?

Die weiterführende und vertiefende Analyse der christlichen Rechten kann möglicherweise dazu beitragen, die kommunikativen Mechanismen und politischen Normalisierungsprozesse, die auch durch Religion aktuell und zukünftig aktiviert und verhandelt werden, zu verstehen und kritisch zu begleiten, nicht zuletzt um Ansätze der De-normalisierung und Überwindung rechtspopulistischer Diskurse in (post)säkularen Gesellschaften zu entwickeln.

A so called Christian-based, Western culture is presented as a counter-foil to Islam by many right-wing populist parties (RPP) and radical movements in Europe and around the world. In this context, a supposedly necessary protection of girls and women against Muslim (migrant) men is asserted. This narrative should act as a bridge to the liberal democratic values of society and is apparently intended to appeal to secularized and religious groups alike. The article examines whether and in what way Christian fundamentalist actors are possibly developing strategies to adapt to this discourse in order to gain influence as the political and cultural landscapes change.

Using the german periodical *Kurier der Christlichen Mitte* as an example, the project quantitatively and qualitatively analyzes the argumentation patterns used by fundamentalist Christian movements to position themselves in public discourse on gender and Islam over the last 20 years. The results show that the pseudo-liberal figure is used throughout the entire period examined, although there is no increase in its use in media communication about Islam. It seems, the central political tactical function of the figure is to interweave liberal and illiberal discourses and to blur boundaries. Furthermore, the Christliche Mitte adapts to changes in the political

and cultural landscape through affinity with far-right players such as the AfD and by organizational restructuring.

Literatur

- Abbas, Tahir (2019): Islamophobia and Radicalisation. A Vicious Cycle, London: Oxford University Press.
- Abdel-Fadil, M. (2018): »Nationalizing Christianity and hijacking religion on Facebook«, in: Knut Lundby (Hg.), Contesting religion: the media dynamics of cultural conflicts in Scandinavia, Berlin: De Gruyter, S. 97–116.
- Adorno, Theodor W. (2019 [1967]): Aspekte des neuen Rechtsradikalismus – Ein Vortrag, Berlin: Suhrkamp.
- Apabiz (1996): »Profil: Christliche Mitte (CM)«. <https://www.apabiz.de/archiv/matrial/Profile/CM.htm>
- Audi, Robert/Wolterstorff, Nicholas (Hg.) (1997): Religion in the Public Square. The Places of Religious Convictions in Political Debate, Lanham: Rowman and Littlefield.
- Banchoff, Thomas (Hg.) (2008): Religious Pluralism, Globalization, and World Politics, Oxford: Oxford University Press.
- Bednarz, Liane (2022): »Christen mit Rechtsdrall. Corona oder die Legende von der großen Weltverschwörung«, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/22, S. 53–64.
- Berger, Peter (2014): The Many Altars of Modernity: Toward a Paradigm for Religion in a Pluralist Age, Berlin: De Gruyter.
- Biskamp, Florian (2018): »Populism, religion, and distorted communication: public discourse, Islam, and the anti-Muslim mobilization of the Alternative for Germany«, in: Zeitschrift für Religion, Gesellschaft und Politik 2 (2), S. 247–276.
- Brown, Katy/Mondon, Aurélien/Winter, Aaron (2021): »The far right, the mainstream and mainstreaming: towards a heuristic framework«, in: Journal of Political Ideologies 28 (2), S. 162–179, DOI: [10.1080/13569317.2021.1949829](https://doi.org/10.1080/13569317.2021.1949829)
- Dietze, Gabriele (2016): »Das ›Ereignis Köln‹«, in: Femina Politica 1–2016, S. 93–102, DOI: [10.3224/feminapolitica.v25i1.23412](https://doi.org/10.3224/feminapolitica.v25i1.23412)
- do Mar Castro Varela, María/Dhawan, Nikita (Hg.) (2007): Postkoloniale Theorie. Eine kritische Einführung, Bielefeld: transcript.
- Fangen, Katrine/Nilsen, Marie R. (2020): »Variations within the Norwegian far right: from neo-Nazism to anti-Islamism«, in: Journal of Political Ideologies, DOI: [10.1080/13569317.2020.1796347](https://doi.org/10.1080/13569317.2020.1796347)

- Galani, Lia/Mavrigaki, Evangelia/Skordulis, Kostas (Hg.) (2019): Geographical Literacy and European Heritage: A Challenging Convention in the field of Education, Limassol: Solva-tech LTD.
- Goertz, Stefan (2022): Querdenker. Ein Überblick, Wiesbaden: Springer.
- Habermas, Jürgen (2001): Glauben und Wissen: Rede zum Friedenspreis des Deutschen Buchhandels 2001, Berlin: Suhrkamp.
- Hark, Sabine/Paula-Irene Villa (2017): Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart, Bielefeld: transcript.
- Haspel, Michael (2023): »Der braune Elefant. Kirche im Rechtspopulismus?«. <https://www.feinschwarz.net/der-braune-elefant-kirche-im-rechtspopulismus-vom-11-oktober-2023>.
- Häusler, Alexander (Hg.) (2016): Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden: Springer.
- Hennig, Anja (2021): »Conclusion: Religion and Illiberal Politics: Patterns of an Ambivalent Relationship«, in: Anja Hennig/Mirjam Weiberg-Salzmann (Hg.), Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond: Concepts, Actors, and Identity Narratives, Frankfurt a.M.: Campus, S. 527–549.
- Hennig, Anja/Weiberg-Salzmann, Mirjam (Hg.) (2021): Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond: Concepts, Actors, and Identity Narratives, Frankfurt a.M.: Campus.
- Hidalgo, Oliver (2016): »Religionspolitisch relevante Theoriedebatten in Deutschland – eine vorläufige Skizze«, in: Antonius Liedhegener/Gert Pickel (Hg.), Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland. Fallstudien und Vergleiche, Wiesbaden: Springer, S. 23–60.
- Hirschberger, Bernd/Voges, Katja (Hg.) (2024): Religious Freedom and Populism. The Appropriation of a Human Right and How to Counter It, Bielefeld: transcript.
- Höhne, Florian/Meireis, Torsten (Hg.) (2020): Religion and Neo-Nationalism in Europe, Baden-Baden: Nomos.
- Jentsch, Ulli (2016): »Die ›Lebensschutz‹-Bewegung und die AfD«, in: Alexander Häusler (Hg.), Die Alternative für Deutschland: Programmatik, Entwicklung und politische Verortung, Wiesbaden: Springer, S. 99–110.
- Kallis, Aristotle (2018): »The Radical Right and Islamophobia«, in: Jens Rydgren (Hg.), The Oxford Handbook of the Radical Right, Oxford: Oxford University Press, S. 42–60.
- Kaya, Ayhan/Galani, Lia/Mavrigaki, Evangelia/Skordulis, Kostas (2019): »Populism as a neo-liberal form of governmentality: Resorting to Heritage, Culture and Past«, in: Lia Galani/Evangelia Mavrigaki/Kostas Skordulis (Hg.), Geographical Literacy and European Heritage: A Challenging Convention in the field of Education, Limassol: Solva-tech LTD, S. 64–94.

- Könemann, Judith/Meuth, Anna-Maria/Frantz, Christiane/Schulte, Max (2015): Religiöse Interessenvertretung, Paderborn: Brill Schöningh.
- Krzyżanowski, Michał/Wodak, Ruth/Bradby, Hannah/Gardell, Matthias/Kallis, Aristotle/Krzyżanowska, Natalia/Mudde, Cas/Rydgren, Jens (2023): »Discourses and practices of the ›New Normal‹. Towards an interdisciplinary research agenda on crisis and the normalization of anti- and post-democratic action«, in: *Journal of Language and Politics* 22 (4), S. 415–437.
- Kühn, Alexander (2016a): »Zeitschriftenportrait: Kurier der Christlichen Mitte«, in: Uwe Backes/Alexander Gallus/Eckhard Jesse (Hg.), *Jahrbuch Extremismus & Demokratie*, Baden-Baden: Nomos, S. 263–276.
- Ders. (2016b): *Christlicher Extremismus in Deutschland: Das Verhältnis der Partei Bibeltreuer Christen, Christliche Mitte, Priesterbruderschaft St. Pius und Zeugen Jehovas zum demokratischen Verfassungsstaat*, Leipzig: Leipziger Universitätsverlag.
- Kutscher, Katja (2023): Das Narrativ vom »großen Austausch«. Rassismus, Sexismus und Antifeminismus im neurechten Untergangsmythos, Bielefeld: transcript.
- Liedhegener, Antonius/Pickel, Gert (2016): *Religionspolitik und Politik der Religionen in Deutschland. Fallstudien und Vergleiche*, Wiesbaden: Springer.
- Lundby, Knut (Hg.) (2018): *Contesting religion: the media dynamics of cultural conflicts in Scandinavia*, Berlin: De Gruyter.
- Marzouki, Nadia/McDonnell, Duncan (2016): »Populism and religion«, in: Nadia Marzouki/Duncan McDonnell/Olivier Roy (Hg.), *Saving the people: How populists hijack religion*, Oxford: Oxford University Press, S. 1–12.
- Marzouki, Nadia/McDonnell, Duncan/Roy, Olivier (2016): *Saving the people: How populists hijack religion*, Oxford: Oxford University Press.
- Mayring, Philipp (2022): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken, Weinheim: Beltz.
- Minkenberg, Michael (2004): »Die Christliche Rechte in den USA als politischer Akteur«, in: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 17 (4), S. 42–52. DOI: 10.1515/fjsb-2004-0407
- (2018): »Religion and the radical right«, in: Jens Rydgren (Hg.), *The Oxford handbook of the Radical Right*, Oxford: Oxford University Press, S. 366–393.
- Mondon, Aurélien/Winter, Aaron (2017): »Articulations of Islamophobia: From the Extreme to the Mainstream?«, in: *Ethnic and Racial Studies Review* 40 (13), S. 2151–2179. DOI: 10.1080/01419870.2017.1312008
- Mondon, Aurélien/Dawes, Simon (2023): »The mainstreaming of the far right in France: Republican, liberal and illiberal articulations of racism«, in: *French Cultural Studies* 34 (3), S. 329–339.
- Morieson, Nicholas (2017): »Are contemporary populist movements hijacking religion?«, in: *Journal of Religious and Political Practice* 3 (1–2), S. 88–95.

- Mudde, Cas/Kaltwasser, Cristóbal R. (2017): *Populism: A very short Introduction*, Oxford: Oxford University Press.
- Mudde, Cas (2019): *The Far Right Today*, Cambridge: Polity Press.
- Norris, Pippa/Inglehart, Ronald (2004): *Sacred and Secular. Religion and Politics Worldwide*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Mullis, Daniel (2024): *Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten: Die Regression der Mitte*, Ditzingen: Reclam.
- Pfahl-Traughber, Armin (Hg.) (2012): *Jahrbuch für Extremismus- und Terrorismusforschung 2011/2012*, Bonn: Statistisches Bundesamt.
- Pollack, Detlef (2019): »Rechtspopulismus: Lässt sich der Erfolg der Rechten durch Katholizismus verstehen?«, in: Frankfurter Rundschau. <https://www.fr.de/kultur/rechtspopulismus-versteht-erfolg-rechten-durch-katholizismus-12443486.html> vom 16. Juni 2019.
- Rydgren, Jens (2017): »Radical right-wing parties in Europe: What's populism got to do with it?«, in: *Journal of Language and Politics* 16 (4), S. 485–496.
- Sata, Robert (2020): »Hijacking Religion for the Sake of the Nation: Illiberal Democracy in Hungary«, in: Anja Hennig/Mirjam Weiberg-Salzmann (Hg.), *Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond: Concepts, Actors, and Identity Narratives*, Frankfurt a.M.: Campus, S. 127–158.
- Schmidt, Susanne/Rink, Steffen, Religionswissenschaftlicher Medien- und Informationsdienst (REMD) (Hg.) (2002): *Gott in den Bundestag? Zielsetzung und Programmatik der Parteien Christliche Mitte (CM) und Partei Bibeltreuer Christen (PBC)*, Marburg: REMID e. V. <https://remid.de/wp-content/uploads/2014/05/Gott-in-den-Bundestag.pdf>
- Shooman, Yasemin (2014): »... weil ihre Kultur so ist« Narrative des antimuslimischen Rassismus, Bielefeld: transcript.
- Strube, Sonja A. (2023): »The Christian Right in Germany«, in: Gionathan L. Mascolo (Hg.), *The Christian Right in Europe*, Bielefeld: transcript, S. 213–220.
- Teidelbaum, Lucius (2018): *Die christliche Rechte in Deutschland. Strukturen, Feindbilder, Allianzen*, Münster: Unrast.
- Tezcan, Levent (2021): *Die Subjekte der Islampolitik. Beiträge zu einer Soziologie des Islams*, Wiesbaden: Springer, S. 103–118.
- Thielking, Kai Oliver (1999): *Zwischen Bibel und Grundgesetz. Christliche Kleinparteien in der Bundesrepublik Deutschland*, Marburg: Tectum.
- Van Redecker, Eva (2016): »Anti-Genderismus and right-wing hegemony«, in: *Radical Philosophy* 198, July/August, S. 2–7.
- Verfassungsschutz Thüringen (2021): https://verfassungsschutz.thueringen.de/file/admin/Verfassungsschutz/VSB_2021.pdf
- Wäckerlig, Oliver (2019): *Vernetzte Islamfeindlichkeit. Die transatlantische Bewegung gegen »Islamisierung«. Events – Organisationen – Medien*, Bielefeld: transcript.

- Weisskircher, Manès (2024): Contemporary Germany and the Fourth Wave of Far-Right Politics. From the Streets to Parliament, London: Routledge.
- Westphal, Manon (2021): »Uniting through opposition: The Chains of Equivalence Politics of the Populist Right and Its Use of Religion«, in: Anja Hennig/Mirjam Weiberg-Salzmann (Hg.), Illiberal Politics and Religion in Europe and Beyond: Concepts, Actors, and Identity Narratives, Frankfurt a.M.: Campus, S. 93–126.
- Willems, Ulrich (2008): »Reformbedarf und Reformfähigkeit der Religionspolitik in Deutschland«, in: Zeitschrift für Politik 55 (1), S. 64–83.
- Winter, Aaron/Mondon, Aurélien (2019): »Mapping and Mainstreaming Islamophobia: Between the Illiberal and Liberal«, in: Irene Zempi/Imran Awan (Hg.), The Routledge International Handbook of Islamophobia, London: Routledge, S. 58–70.
- Wodak, Ruth (2015): The politics of fear: What right-wing populist discourses mean, Thousand Oaks: Sage.
- (2018): »Vom Rand in die Mitte – →Schamlose Normalisierung«, in: Politische Vierteljahresschrift 59, S. 323–335. DOI: 10.1007/s11615-018-0079-7
- (2020): The Politics of Fear: The Shameless Normalization of Far-Right Discourse, Thousand Oaks: Sage.
- Wudner, Edgar (2023): »Die aktuelle Verteilung der Religionszugehörigkeit in Deutschland«, in: Zeitschrift für Religion und Weltanschauung 86 (5), S. 346–358.
- Yilmaz, Ihsan/Morieson, Nicholas (2021): »A Systematic Literature Review of Populism, Religion and Emotions«, in: Religions 12, 4, 272. DOI: 10.3390/rel12040272
- Zempi, Eirini-Chrysovalantou (2014): Unveiling Islamophobia: The Victimation of veiled Muslim women, University of Leicester: Thesis. <https://hdl.handle.net/2381/28962>
- Zempi, Irene/Awan, Imran (Hg.) (2019): The Routledge International Handbook of Islamophobia, London: Routledge.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Mokros, Nico, Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (2023): Die distanzierte Mitte. Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23, Bonn: Dietz.

